

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANNNS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern  
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH  
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHÄUPT, MdB  
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 4 - Postversandort Bonn - Bonn, im April 1956

### I N H A L T

EIN MAHNMAL von Gerhard Schröder .....	S. 1
ZUM STAND DER SOZIALREFORM von Paul Collmer .....	S. 2
SOLL UND HABEN DER EVANGELISCHEN SOZIALARBEIT von Rudolf v. Thadden .....	S. 6
GEISTLICHES AMT UND POLITISCHE ZURÜCKHALTUNG ..	S. 10
DIE SCHEINALTERNATIVE DES STATUS QUO .....	S. 13
AUS DEN ARBEITSKREISEN .....	S. 14

### EIN MAHNMAL

Zum 60. Geburtstag von Robert Tillmanns

Der schmale, schöne Band "Robert Tillmanns - Eine Lebensleistung", der der deutschen Öffentlichkeit zum 60. Geburtstag des Verstorbenen am 5. April d. J. vorgelegt worden ist (s. S. 16 ds. Ausg. - Die Red.), ist ein eindringliches Mahnmal. Aus den Beiträgen der Freunde und Mitarbeiter zu seinem Lebensbild entsteht plastisch und charakteristisch ein bleibender Umriss. So eindringlich diese Schilderungen sind, so werden sie doch von den Selbstzeugnissen aus den

letzten Lebensjahren Robert Tillmanns', die seine Gattin ausgewählt hat, an Aussagekraft noch übertroffen.

Diese Auszüge aus Vorträgen zwischen 1950 und 1955 sind für den, der diesen Abschnitt deutscher Geschichte Seite an Seite mit ihm erlebt hat, eine gültige Aussage über das Wollen der evangelischen Politiker in der Christlich-Demokratischen Union. Man kann diese Selbstzeugnisse nicht lesen, ohne von der Trauer ergriffen zu werden, die wir um ihn tragen. Aber nicht die Trauer, die unser Gefühl angeht, sondern die Mahnung, die die Sache betrifft, ist hier entscheidend. Wenn Tillmanns uns 1950 zugerufen hat: "Es sind viele Kranke in unserem Haus, Millionen Kranke, und solange Kranke im Hause sind, geht man leise die Treppe rauf und runter" - so ist diese Mahnung heute so aktuell wie damals. Und auch auf das sollten wir hören, was er zum Problem des politischen Illusionismus gesagt hat: dass wir nur bei Nüchternheit der Gefahr entgehen, der Weltflucht oder der Schwärmerei zu verfallen.

Er selbst wirkte als Vorbild für das, was er als das Entscheidende in dem demokratischen Lebensstil eines Volkes bezeichnet hat, nämlich: "ob wir es lernen und fertigbringen, ohne von oben herunter kommandiert zu werden, aus innerer Disziplin miteinander so umzugehen, dass ein geordnetes Ganzes wird". Er warnte vor dem "seelischen Verstecken", das aus der ständigen Angst des unsicheren Menschen unserer Tage hervorgehe. Er setzte gegen den weiter wuchernden Eigennutz die "Kraft christlicher Solidarität".

Es sollte aber vor allem unvergessen bleiben, was er uns über die **St i l - l e n i m L a n d e** gesagt hat: "Die Leute auf der Strasse, die nur schimpfen und kritisieren, die nur vom Staat fordern und nur ihren Eigennutzen kennen, sie sind doch nicht das deutsche Volk! Die Stillen im Lande, die unverdrossen ihre Pflicht tun, die Millionen fleissiger Arbeiter, Handwerker, Bauern, Familienväter und Mütter, die im Grunde das Wunder des deutschen Wiederaufbaues vollbracht haben, sie sind der wirkliche Kern. Es ist unsere Aufgabe, sie wirklich aufzurühren, anzusprechen und ihnen das grosse Ziel des Neubaues der Demokratie zu zeigen, das uns bewegt."

Dr. Gerhard Schröder  
Bundesminister des Innern

---

## ZUM STAND DER SOZIALREFORM

---

von Dr. Paul Collmer

Nach mehrjährigen Erörterungen über die Sozialreform lassen sich nun durch die in den vergangenen Monaten erfolgten Beschlüsse des Sozialkabinetts konkrete Zielsetzungen erkennen. In dieser Legislaturperiode des Bundestags soll noch eine Neuordnung der Rentenversicherung, also der Alters- und Invalidenrenten und der Hinterbliebenenversorgung, durchgeführt werden. Ein entsprechendes Gesetz ist vom Bundesministerium für Arbeit fertiggestellt, wird im Herbst vom Bundestag beraten werden und soll mit Beginn des kommenden Jah-

res in Kraft treten. Der Wortlaut dieses Gesetzes ist der Öffentlichkeit noch nicht bekannt, aber die Beschlüsse des Sozialkabinetts geben hinreichend Aufschluss über die Grundsätze der Gesetzesvorlage.

Zunächst ist festzuhalten, dass innerhalb der Gesamtreform der sozialen Leistungen die Reform der Rentenversicherung vorweggenommen wurde. Das ist verständlich, weil die Gruppen, die durch die Angestellten- und Invalidenversicherung einschliesslich der Knappschaftsversicherung Sozialleistungen erhalten, zahlenmässig weit grösser sind als jede andere Gruppe der Sozialleistungsempfänger (rd. 7 Millionen Menschen). Und die Rentenleistungen stehen schon lange in einem offensichtlichen Missverhältnis zur heutigen Wirtschaftslage, wie sie in der Lohnhöhe und im Preisgefüge ihren Ausdruck findet.

Nachdem nun bei der Neugestaltung der Rentenversicherung im Unterschied zu den bisherigen Prinzipien vor allem in der Wertsicherung der Altersrenten eine neue Konzeption entwickelt wurde, dürfte die Neuordnung der sonstigen Gebiete des sozialen Leistungsrechts ebenfalls unausbleiblich sein. Man wird für die Neuregelung der anderen Teilgebiete des Sozialrechts allerdings noch einen längeren Zeitraum ansetzen müssen, denn es geht in allen Sparten der sozialen Sicherung darum, in Anpassung an die veränderte gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Situation jeweils entsprechende neue Konzeptionen für die gesetzliche Neuordnung zu finden. Erst ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der heute gegebenen sozialen Wirklichkeit und den gesetzlichen Regelungen wird uns ein allgemein verständliches und für jedermann durchsichtiges Sozialrecht bringen. Solange dieser ausgewogene Zustand nicht erreicht ist, wird die "Sozialreform" eine politische Forderung bleiben.

Da wir auch weiterhin - bedingt durch die Industrieentwicklung und den technischen Fortschritt und durch die weltpolitischen Auseinandersetzungen - in einer sich wandelnden Welt leben, wird es eine ständige Aufgabe bleiben, entsprechende Anpassungen in der Sozialgesetzgebung vorzunehmen. Die Diskussion über die Sozialreform in den vergangenen Jahren meinte aber nicht diese Art Anpassungen, sondern eben je nach den Erfordernissen eine grundlegende Neufundierung. Unser bisher geltendes Sozialrecht hat seine Ausformung in den Jahren 1880 - 1920 erfahren und war für die damaligen Verhältnisse eine sehr zeitgemässe Antwort auf die sozialen Tatbestände. Die in den letzten dreissig Jahren erfolgte Wandlung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse ist jedoch von einem derartigen Ausmass, dass wir heute vor der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Besinnung stehen, welche gesetzlichen Massnahmen erforderlich sind, um in unserer modernen Arbeitswelt den Staatsbürgern einen Schutz in den gängigen Risiken und Wechselfällen des Daseins (Alter, Krankheit, Erwerbsminderung, Arbeitslosigkeit, Tod des Ernährers) zu geben. Mit der gesetzlichen Neuregelung dieser Tatbestände also hat es die Diskussion zu tun, die bisher unter dem Thema der Sozialreform geführt wurde. Daran ist deshalb zu erinnern, weil das Wort "Sozialreform" mit Recht auch noch anders interpretiert wird, d. h. als Ausdruck der Notwendigkeit, die Gesamtprobleme unseres gesellschaftlichen und sozialen Lebens unter reformerischen Gesichtspunkten zu betrachten. Wer wollte bestreiten, dass hier ebenso dringliche Aufgaben gegeben sind, wie bei der Neuordnung des sozialen Leistungsrechts? Und es kann auch nicht übersehen werden, welcher enger Zusammenhang zwischen beiden Bereichen besteht. Doch ist es notwendig, sie gegenseitig abzugrenzen und bei der Diskussion darauf zu achten, welche konkreten Zielsetzungen gemeint sind.

Es wurde schon erwähnt, dass die Neuordnung der Rentenversicherung vor ihrer unmittelbaren Verwirklichung steht. Kennzeichnend für diese Neuordnung ist, wie gesagt, die Schaffung der wertbeständigen Rente unter Beibehaltung des Versicherungsprinzips. Bei Errichtung der Sozialversicherung war es nicht erforderlich, an eine Wertsicherung der Altersrente zu denken. Die Nominalberechnung der Rente auf Grund der geleisteten Beiträge stellte kein besonderes Problem dar. Nach der gültigen Rentenformel bestimmen also die Beitragszahlungen massgebend die Höhe der Renten. Bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten und entsprechender Lohnangleichung verringern sich die früher bezahlten Beiträge in ihrem Wert zwar nicht nominell, aber die so errechneten Leistungen bedeuten eine Wertminderung im Vergleich zu den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen. Vor der Rentenzahlung liegt ein langer Anspar-Zeitraum. Je mehr sich die Geldverhältnisse in diesem Zeitraum wandeln, desto ungünstiger wird auch das Verhältnis zwischen der Höhe der Rentenzahlung und den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Hier liegt die Ursache dafür, dass die heutigen Renten bei voller Beitragsleistung durchschnittlich nur 30 - 40 v. H. der zuletzt verdienten Löhne und Gehälter ausmachen und deshalb in einem nicht zu vertretenden Missverhältnis zum steigenden Sozialprodukt der Gesamtheit stehen.

Vor 1941 war - um es zu wiederholen - die nominelle Berechnung der Rente nach den geleisteten Beiträgen durchaus kein Problem. Es ergaben sich auch damals Veränderungen im Lohn- und Preisgefüge, aber diese wirkten sich nicht zu ungunsten der Rentenbezieher aus: Wohl stiegen die Löhne stetig an - so zwischen 1890 und 1910 sogar um 50 v. H. -, aber die Lebenshaltungskosten blieben in dieser Zeit konstant, ja, sie hatten noch eine Tendenz nach unten. Vor allem nach dem zweiten Weltkrieg ist dagegen im allgemeinen eine Parallelbewegung zwischen den steigenden Löhnen und den steigenden Lebenshaltungskosten festzustellen.

Hier ist der Grund zu sehen, warum anstelle der statischen Rentenberechnung eine andere Methode gewählt werden musste. Die Erhaltung des Realwertes der Rente ist in einigen anderen Staaten schon verwirklicht. Wenn nun auch in Deutschland eine Wertsicherung der Altersrente vorgenommen wird, so stellt das eine unvermeidliche Konsequenz aus der wirtschaftspolitischen Entwicklung dar: Die neuen Rentenberechnungen sollen in Zukunft auch unter Berücksichtigung der Entwicklung der Löhne und Gehälter erfolgen - zwar immer noch auf der Grundlage der früheren Beitragszahlungen, aber eben nicht mehr in nomineller, sondern in einer angepassten Form. Schon das Rentenmehrbetragsgesetz enthielt Elemente dieser Regelung. Die Anpassung an die veränderten Löhne soll jedoch nicht automatisch, sondern in grösseren Zeitabständen vollzogen werden.

Neben dieser Bezogenheit der Rente auf die jeweilige Produktionslage bleibt aber die alte Beziehung zu der erbrachten Eigenleistung des Versicherten erhalten. Da in Zukunft der Jahressteigerungsbetrag 1,5 v. H. betragen soll, ergibt sich bei einem vierzigjährigen Arbeitsleben (25 - 65 Jahre) eine Durchschnittsrente von 60 v. H. des Brutto-Lohnes. Gegenüber der heutigen Höhe der Durchschnittsrente von etwa 30 v. H. des Brutto-Lohnes ist das eine sehr erhebliche Steigerung, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei um einen Prozentsatz des **B r u t t o** - Einkommens handelt.

Soweit sich nun in künftigen Lohn- und Gehaltserhöhungen auch eine Steigerung des Sozialprodukts widerspiegelt, werden in Zukunft auch die Rentenbezieher

an der Produktionssteigerung teilnehmen; insofern ist die Bezeichnung der neuen Renten als "Produktivitätsrenten" zutreffend. So wie die Erwerbstätigen mit ihren Lohn- und Gehaltsbezügen in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge eingeordnet sind, werden es jetzt auch die Rentenbezieher bleiben.

Als Einwand gegen die aufgezeigte neue Rentenberechnung wird geltend gemacht, dass es sich hier um eine "Begünstigung" der Zwangsversicherten handele. Man wird hier aber gerade den Charakter der Zwangsversicherung nicht übersehen können. Wenn durch staatliche Gesetzgebung eine Beitragspflicht für eine Alterssicherung besteht und diese sich über vierzig Jahre hinzieht, so dürfte es ein Gebot der Gerechtigkeit sein, die in diesem Zeitraum entstehenden Geldwertschwankungen auszugleichen. Welche Folgen es haben wird, dass durch die neue Rentenberechnung gewissermassen ein amtlicher Masstab für die Geldwertveränderungen sichtbar geschaffen wird, bleibt abzuwarten. Ebenso, welche weiteren Folgerungen man aus der Sicherung der zwangsgesparten Altersbeiträge für andere Sicherungsformen ziehen wird: Wenn man seitens der Regierung und der sie tragenden Parteien in programmatischer Weise für die Alterssicherung auch die Selbstverantwortung und Selbsthilfe betont, wird man auch den darauf aufgebauten Formen der Alterssicherung einen entsprechenden Schutz zukommen lassen müssen. Und schliesslich werden die künftigen Rentenzahlungen die anderen Sozialleistungen in ihrer Höhe beeinflussen: Wenn es heute gilt, die Altersrente nicht mehr als Zuschuss, sondern als tragende Existenzgrundlage zu betrachten, so ist dies auch bei der Mehrzahl der sonstigen Sozialleistungen zugrunde zu legen.

Sozialpolitik schafft nicht die Voraussetzungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern passt sich in ihren Methoden und Leistungen den bestehenden Verhältnissen an. Die unbestreitbaren Wechselwirkungen machen es aber auch der Sozialpolitik zur Pflicht, die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen ihrer Massnahmen im Gesamtzusammenhang zu sehen. Von Bedeutung ist hier die künftige Preisgabe des versicherungsmathematischen Deckungsprinzips bei den Rentenversicherungen. Schon in den vergangenen Jahren war es offensichtlich, dass für die Sozialversicherung das Deckungsprinzip nicht zu verwirklichen war, sondern die Finanzierung der Rentenleistungen hauptsächlich auf den laufenden Beitragszahlungen beruhte. Und es entspricht durchaus der Solidarauffassung der Sozialversicherung, dass jeweils die arbeitende Generation die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Generation trägt.

Beachtlich ist der Beschluss des Sozialkabinetts, dass die Altersrenten in Zukunft ausschliesslich aus den Beitragsleistungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden, ihre Träger also ohne staatliche Zuschüsse auskommen sollen. Dies entspricht durchaus dem Versicherungscharakter und ist auch ein Ausdruck dafür, dass der heutige Kreis der Sozialversicherten nicht mehr als eine "hilfsbedürftige Minderheit" anzusehen ist. Im Unterschied zu den Auffassungen des Sozialkabinetts sprach sich der "Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen" beim Bundesarbeitsministerium für eine Beibehaltung der bisherigen Gesamtfinanzierung aus, d. h. dafür, dass den Rentenversicherungsträgern auch weiterhin Staatsbeiträge gewährt werden. Es wird Sache des Bundestags sein, sich bei der Beratung der Gesetzesvorlage eingehend über die Finanzierung der Rentenleistungen zu unterrichten und eine Entscheidung darüber zu treffen, inwieweit zu den erhöhten Beiträgen auch künftig der Staat noch Zuschüsse geben soll.

Die Neuordnung der Rentenversicherung beschränkt sich nicht auf die hier dargelegten Gesichtspunkte. Die sehr umstrittene Erweiterung des Personenkreises der Versicherten auf alle Arbeitnehmer müsste ebenso noch erwähnt werden, wie die Neugestaltung der Invalidenrente und die vorrangige Betonung der Wiedereingliederungsmassnahmen vor der Rentengewährung (Rehabilitation). Diese Betrachtungen haben sich jedoch bewusst auf die Aufgabe beschränkt, die wertgesicherte Altersrente und die sich damit ergebenden Probleme zu behandeln.

---

SOLL UND HABEN DER EVANGELISCHEN SOZIALARBEIT

---

(D. Anst. d. Hef. 6/56 Seite 16)

von cand. phil. Rudolf von Thadden

Wer sich heute mit dem sozialetischen Schrifttum der evangelischen Kirche befasst, sieht sich einer überraschend grossen Anzahl ernsthafter Arbeiten und Stellungnahmen gegenüber. Die vielen grundsätzlich-theoretischen Überlegungen und situationsbezogen-praktischen Ratschläge lassen es kaum glaubhaft erscheinen, dass Georg Wunsch noch vor 35 Jahren den "Zusammenbruch des Luthertums als Sozialgestaltung" behaupten konnte. Das im Auftrag des Kirchentages herausgegebene "Evangelische Soziallexikon" macht vielleicht am ehesten die veränderte Situation deutlich: der Protestantismus, auch der lutherische, kennt keine Lebensbereiche mehr, die seiner Verantwortung entzogen sind. In ähnlicher Weise kennzeichnen Publikationen wie die historische Skizze über das Verhältnis von "Kirche und Arbeiterschaft" von Karl Griewank, die konstruktive Analyse: "Stand und Aufgaben christlicher Sozialethik" von Friedrich Karrenberg und vor allem die materialreiche Untersuchung: "Die Kirche in der modernen Gesellschaft" von Heinz-Dietrich Wendland die Intensität, mit der heute an sozialetische Fragen herangegangen wird. Evangelische Akademien und kirchliche Sozialämter, Betriebskerne und Arbeitsgruppen - keine ohne gedruckte Bezeugungen ihrer Aktivität - widerlegen jede Behauptung, dass nichts "getan" werde.

Aber nicht nur die Vielfalt der Veröffentlichungen, auch die relative Einmütigkeit im Grundsätzlichen - unbeschadet der theologischen Kontroversen - überrascht. Seit den Erfahrungen im "Dritten Reich" gilt es nicht nur in der Sowjetzone als unbestritten, dass die Kirche den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht indifferent gegenüberstehen darf. Und wenn auch gewisse liberale Stimmen immer noch glauben, die absolute Eigengesetzlichkeit des Weltlichen verkünden zu müssen, so hat sich doch inzwischen die Theologie vor allem Dietrich Bonhoeffers, die die Dinge und Institutionen dieser Welt in den Fragenkreis der Ethik mit einbezieht, weithin Geltung verschafft. Auch über das Prädikat "christlich" ist der Streit lange nicht so ernst, wie die Lautstärke, mit der er geführt wird, es vermuten lässt. Die Espelkamper Synode hat allgemeine Einigkeit darin gezeigt, dass man von christlichen Institutionen direkt nicht reden könne, dass aber ein Zusammenschluss von Christen zum Zwecke der Realisierung gemeinsamer politischer Zielsetzungen durchaus möglich sei. Entsprechend hat die Forschung um Luthers Zwei-Reiche-Lehre in den letzten Jahren mit Hermann Diem, Franz Lau und Helmut Gollwitzer eine Neubelebung erfahren,

die erlaubt, bestimmte Streitpunkte als endgültig erledigt zu betrachten. Nimmt man noch die scharfsinnige Analyse der sozialetischen Traditionen: "Politia Christi" von Ernst Wolf hinzu, so wird eines ganz klar: an einem Mangel an Theorie kann es nicht liegen, dass sich die Sozialarbeit der evangelischen Kirche in einem erschreckenden Dilemma befindet.

Zu dieser Erkenntnis hätte es eigentlich nicht erst der Spaltung der Gewerkschaft bedurft. Aufmerksamen Beobachtern enthüllte bereits der letztjährige niederrheinische Regional-Kirchentag die ernüchternde Wirklichkeit. Aber was in Duisburg unter dem unmittelbaren Eindruck der feierlichen Kundgebung vielen noch verborgen blieb, das trat drei Monate später mit dem Willen zum Bruch der Gruppe um Winkelheide und Even unübersehbar zu Tage: die junge evangelische Sozialarbeit hat nicht mehr als einen kleinen Bruchteil der Betriebsbelegschaften erfasst. Ernst Günter Vetter hebt bei der Beantwortung der Frage nach den Chancen der christlichen Gewerkschaft (FAZ v. 19. 11. 1955) hervor, dass häufig nicht genügend christliche Persönlichkeiten vorhanden seien, die in wirklich entscheidende Positionen hineingebracht werden könnten. Und als Grund dafür nennt er das Vakuum im politischen Raum der Nachkriegszeit, das viele der bedeutendsten und aktivsten Männer der christlichen Gewerkschaftsbewegung angezogen habe - eine Folge der Regierung der Unionsparteien. Nun ist es offenkundig, dass er hierbei in erster Linie an Katholiken denkt, sind sie es doch gewesen, die beim Aufbau des westdeutschen Staates besonders viele Gewerkschaftler für die rein politische Arbeit zur Verfügung stellten. Wenn aber schon von den beiden Konfessionen zusammen gesagt werden muss, dass sie über "nicht genug Persönlichkeiten" verfügen, wieviel besorgniserregender wird dann der Zustand im evangelischen Lager sein, das vor 1945 so gut wie kein Reservoir an "christlichen Gewerkschaftlern" hatte!

Noch unter einem anderen Blickwinkel hat die Spaltung der Gewerkschaft über den Stand der evangelischen Sozialarbeit Aufschluss gegeben. Als Heinrich Voss, der Stellvertretende Vorsitzende der Evangelischen Arbeiterbewegung, seine Mitwirkung bei der Gründung der christlichen Gewerkschaft zusagte, wurden überall bedenkliche Stimmen laut: nun rissen in der Sozialpolitik dieselben Verhältnisse ein wie in der allgemeinen Politik. Voss habe durch sein Zusammengehen mit den katholischen "Spaltern" die Evangelischen in die missliche Lage gebracht, nun auch in den Gremien der Gewerkschaften zwischen CDU und SPD optieren zu müssen. Denn die christliche Neugründung sei nichts anderes als der verlängerte Arm der führenden Bonner Regierungspartei. Umgekehrt wurde dem "Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit", das massgebliche Kreise der evangelischen Arbeiterorganisationen umfasste und das die christlichen Arbeitnehmer zum Fernbleiben von der neuen Gewerkschaft aufrief, im Unternehmerbrief des Deutschen Industrie-Instituts vorgeworfen: es handele im Einklang mit der politischen Richtung Niemöllers und Heinemanns. Diese Betrachtungsweise allein zeigt, wie wenig man die neue Fragestellung verstand. Denn den genannten Kreisen CDU-feindliche Neigungen unterstellen zu wollen, hiesse doch wohl, den Bogen etwas überspannen. Die meisten von ihnen gehören vielmehr der "Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen" an und machen - wie ihre Argumentation in der Auseinandersetzung um Dr. Agartz zeigte - aus ihrer regierungsfreundlichen Gesinnung keinen Hehl.

Was also ist der Grund dafür, dass zahlreiche Wortführer der evangelischen Sozialarbeit sich zur sozialdemokratisch beherrschten Einheitsgewerkschaft

halten und zugleich die Zusammenarbeit mit den Katholiken auf parlamentarischer Ebene fördern? In seinem Aufsatz "Entscheidung in der Gewerkschaft" (Zeitwende/Die neue Furche, Februar-Heft 1956) gibt Eberhard Müller für sie zwar keine direkte Antwort auf diese Frage, lässt aber in jeder Zeile erkennen, aus welchen Motiven sein Handeln zu erklären ist. "Unter den gegebenen Umständen", so schreibt er, "bestand für die evangelischen Arbeitergruppen nicht der geringste Anlass, von ihren wiederholt gegebenen Erklärungen abzuweichen, dass sie die Aufgliederung der Gewerkschaften in weltanschaulich bestimmte Richtungsgewerkschaften nicht begrüßen und diesen Weg höchstens als ultima ratio beschreiten würden, falls der DGB in die Hände radikaler, die freiheitliche Demokratie verneinender marxistischer Ideologen geraten sollte." Die "gegebenen Umstände" sind es also, die diese Kreise in ihrer Haltung bestimmten. Nicht irgendwelche Ideologien und Schemata, sondern die "politischen Realitäten". Freilich nicht im opportunistischen Sinne: als könne man je nach Nutzen und Nachteil der Historie die Seite wechseln. Aber aus einer bestimmten unveränderten Grundhaltung heraus, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet weiss, werden um der Sache willen zur gegebenen Zeit Positionen eingenommen, die bisweilen widersprüchlich erscheinen.

Für den durch evangelische Geistigkeit geprägten Menschen hingegen braucht das nichts Verwirrendes zu haben. Ihm ist das geschichtliche Denken von Luther her vertraut, zumindest in seiner säkularisierten Form, dem Historismus. Und selbst wo von diesem Denken keine gestaltende Kraft mehr ausgeht, erschwert es doch, Verfestigungen und Erstarrungen des Lebens hinzunehmen. Bei einer Entscheidung kann immer nur die jeweilige Sachgemässheit den Ausschlag geben; diese aber lässt sich oft allein im Rückgang auf den geschichtlichen Ort gewinnen. Die Zusammenarbeit der Konfessionen im politischen Raum hat ihren Ursprung in den gemeinsamen bitteren Erfahrungen während des "Dritten Reiches" und der aus dem Zusammenbruch resultierenden Aufgabe des Staatsneubaus. Sie ist von dem Willen getragen, die durch den Totalitarismus ohnehin schwer bedrohte staatliche Existenz nicht noch durch konfessionelle Streitigkeiten zu belasten. Auf der Ebene der Gewerkschaften begegnen wir jedoch einer ganz anderen Situation: Hier ist in der Folge des deutschen Zusammenbruchs nicht das Bündnis der Konfessionen unter sich, sondern die Einheitsgewerkschaft, ein Verband aller demokratisch gesinnten Arbeitnehmer entstanden. Dabei ist der - relativ kleinen - evangelischen Gruppe die Chance zugefallen, unbelastet vom Streit der Weltanschauungen ihre Fundamente zu festigen und sozialpolitische Erfahrungen zu sammeln. Es wäre nicht nur politisch unklug, wenn sie heute, besonders nach dem Sturz von Dr. Agartz, die ideologisch neutrale Gemeinschaft der Arbeitnehmer verlassen würde. So sehr im Parlament mehrere Parteien zur Gewährleistung des "balance of power" von Nöten sind, so schädlich wäre die Übertragung dieses Prinzips auf die Ebene der Gewerkschaften, die nicht Exerzierplatz der Weltanschauungen, sondern ein Bollwerk unseres vom Kommunismus bedrohten Sozialgefüges sein sollen. Die Gefährlichkeit der Identifizierung von Verbänden und politischen Parteien hat Theodor Eschenburg ("Herrschaft der Verbände?") wohl deutlich genug herausgestellt.

Es mag gut sein, sich auch die konkreten Verhältnisse in den Betrieben zu vergegenwärtigen, unter denen die evangelische Sozialarbeit zu leisten ist. Nicht erst seit den Wahlen der Dortmunder Westfalahütte weiss die Öffent-

lichkeit, dass die Entfremdung zwischen Arbeitern und Arbeitervertretern ein beunruhigendes Ausmass angenommen hat. Überall ist diese Erscheinung zu beobachten, die die Soziologie unter dem Stichwort "Isolierung der Repräsentanz" zu verzeichnen pflegt. Aber die Gewerkschaften haben bisher keinen Weg gefunden, dieser Gefahr zu begegnen. Sie sind in ihrem Denken noch weitgehend dem technischen Perfektionismus verhaftet und erhoffen zuviel vom Funktionieren der Institution. Hier liegt nun der Ansatzpunkt der evangelischen Sozialarbeit. Auch ihren Trägern hallt aus den Betrieben der Vorwurf der Entfremdung entgegen, noch verstärkt durch die Klage: "Die Christen kennen einander nicht". Jeden Tag erfahren sie den guten Zusammenhalt der kommunistischen Arbeiter; und fast ohnmächtig stehen sie dem Erbe der liberal-theologischen Vergangenheit gegenüber: dem mangelnden Gesellschaftsbewusstsein der Protestanten. Aber selbst wenn es der evangelischen Sozialarbeit gelingt, eine Verbindung unter den Christen herzustellen und einen Betriebskern mit eigenem Gewerkschaftsvertreter aufzubauen, sind damit die Probleme noch keineswegs gelöst. Dann erst beginnt die schwierigste Aufgabe: konstruktive Mitarbeit im Betriebsrat zu leisten, ohne sich an die Machtblöcke der Massenparteien zu verlieren. Und häufig ist es nur dem Gleichgewicht unter ihnen zu danken, dass der evangelische Gewerkschaftler überhaupt Wirkungsmöglichkeiten hat. So ergibt sich für die evangelische Sozialarbeit eine doppelte Aufgabe: Sie muss einerseits Betriebskerne zur Sammlung und Aktivierung der für sie noch erreichbaren Menschen aufbauen und damit der zunehmenden Zersplitterung unter den Nichtkommunisten wehren. Und sie muss andererseits bemüht sein, vertrauenswürdige Arbeitervertreter auszubilden, die in den Betriebsräten sachgemässe Arbeit leisten können.

Man hat sich bereits vielfach Gedanken darüber gemacht, wie diese Aufgaben am sinnvollsten zu lösen sind. Das Villigster Experiment der planmässigen Studentenwerkarbeit ist zweifellos ein wichtiger Schritt in dieser Richtung. Auch die Arbeitertagungen, die die Evangelischen Akademien in bestimmten Zeitabständen durchführen, dienen demselben Zweck mit Erfolg. Aber diese Ansätze genügen nicht. Die wichtigste Voraussetzung einer wirksamen Tätigkeit, die Einheit von Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften, erfüllen sie beide nicht. Man meint immer noch, wahlweise theoretisch o d e r praktisch vorgehen zu können; und die wenigen wissenschaftlichen Kräfte von Rang halten es entweder nicht für nötig, der Gemeinschaft - sprich: Kirche - zu dienen, oder sie veruneinigen sich nach bewährter protestantischer Tradition. Selbst ein so fruchtbares Institut wie das von Professor Krimm in Heidelberg wird schwerlich den Nachwuchs heranbilden, der die bezeichneten Aufgaben zu lösen imstande ist. Das Grundübel unserer Kirche: der Mangel an Zusammengehörigkeitsgefühl, an schlichter Gemeindedisziplin, der nur durch eine Neubelebung der Dienst- und Opferbereitschaft zu beheben ist, bleibt unberührt und wird höchstens als geistesgeschichtliches Stigma protestantischen Wesens akademisch behandelt. Wo ist hier "Geduld und Glaube der Heiligen" (Off. 13, 10)?

Wäre dieser Aufsatz nicht nur der Gedankengang eines Studenten, sondern die Stellungnahme eines erfahrenen und einflussreichen Mannes, so würde sein Verfasser es wagen, ihn mit einer parenetischen Schlussfolgerung zu beenden: Er würde die Errichtung einer Sozialakademie postulieren, die in dem oben angedeuteten Sinne Gesellschaftswissenschaften auf Universitätsniveau treiben und zugleich jungen Leuten eine gründliche sozialpolitische Ausbildung geben

könnte. Der Student aber bescheidet sich im Sinne des bei Hans Freyer ("Theorie des gegenwärtigen Zeitalters") geschilderten marx'schen Proletariers, der unter ein Sachsystem so entschieden subsumiert ist, dass er Antrieben, die ihm selbst entspringen, weder Ausdruck noch Gestalt zu verleihen vermag.

---

## GEISTLICHES AMT UND POLITISCHE ZURÜCKHALTUNG

---

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg hat die Kirchlich-theologische Sozietät in Württemberg unter der Überschrift: "Wir sind in Gefahr!" an die evangelischen Pfarrer des Landes ein gegen die CDU gerichtetes Flugblatt versandt, das in seiner Verquikung religiöser, theologischer, kirchenpolitischer und allgemein-politischer Gedanken einen bedauerlichen Fall konfessioneller und politischer Auseinandersetzung darstellt. Ferner wurde ein von 104 badischen und württembergischen Pfarrern unterzeichnetes Schreiben an die Abgeordneten des Bundestags verbreitet, das massive, jeder Realpolitik ferne Vorwürfe gegen die Bundesregierung erhebt.

Diese politischen Aktionen evangelischer Pfarrer haben Landesbischof D. Dr. Martin H a u g zu einem Hirtenbrief an alle Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg veranlasst, aus dem wir nachstehend den grundsätzlichen Teil im Wortlaut wiedergeben:

"Wieder einmal drückt mir die Sorge für die rechte Wahrnehmung unserer besonderen politischen Verantwortung und für die Bewahrung der Einigkeit des Geistes in unserer Kirche und Pfarrerschaft die Feder zu einem Hirtenbrief an alle meine Amtsbrüder in die Hand. Ich sehe mich dazu veranlasst durch politische Aktionen einer Anzahl württembergischer Pfarrer in der letzten Zeit, die vielen Amtsbrüdern und Gemeindegliedern schwere Not gemacht, in der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland Aufsehen erregt und - was mich am meisten bedrückt - die Not unsrer zur Zeit in ihrem Kampf um die Freiheit des kirchlichen Dienstes wieder besonders hart bedrängten Brüder im Osten noch verschärft haben, was gewiss nicht die Absicht, aber die verhängnisvolle Wirkung jener Aktionen war.

Sie wissen, dass ich immer Verständnis für die Besorgnis gezeigt habe, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik könnte die Befriedung der Welt und die Wiedervereinigung Deutschlands erschweren oder unmöglich machen. Aber ich habe auch immer wieder bitten müssen, die andere Besorgnis aller verantwortungsbewussten Politiker mit auf Ihr Herz zu nehmen, dass eine einseitige Nichtbewaffnung der Bundesrepublik und eine unvorsichtige Wiedervereinigungspolitik zur Bolschewisierung ganz Deutschlands und in ihrer Folge erst recht zur Gefährdung des Weltfriedens und der demokratischen Freiheiten führen müsste. Es ist Aufgabe der durch Jesus Christus zu nüchterner Sachlichkeit erlösten christlichen Gemeinde, in unserer Lage diese b e i d e n Gefahren bei jeder politischen Entscheidung und Äusserung im Auge zu behalten; es scheint mir die besondere Aufgabe des Pfarrers zu sein, den Gemeindegliedern, den Bürgern im

Staat und den verschiedenen politischen Parteien zu helfen, was an uns ist, dass jede Seite auch die Besorgnisse und die Konzeptionen der anderen Seite ernst nehme und dass sich jeder Einzelne dann für die ihm relativ besser erscheinende Lösung nach bestem Wissen und Gewissen in der Verantwortung vor Gott entscheide. Es ist eine offenkundige Tatsache, dass verantwortungsbewusste evangelische Christen in der Frage der deutschen Aussenpolitik zu verschiedenen Stellungnahmen gekommen sind und kommen; es ist nicht weniger offenkundig, dass auch wir Theologen und Pfarrer eine einmütige Antwort auf die schweren aussenpolitischen Fragen bis jetzt nicht gefunden haben. Nötigt diese Lage nicht jeden evangelischen Christen dazu, sich seine eigene politische Meinung und Entscheidung im Ernstnehmen der Bedenken der anderen Seite zu bilden und in vorbildlicher Achtung vor der Entscheidung der Anderen zu vertreten? Nötigt diese Lage uns als Pfarrer nicht doppelt, wenn wir schon meinen, um der Grösse der Gefahr für unser Volk willen die uns normalerweise durch unser "metapolitisches" Amt gebotene Zurückhaltung aufgeben zu müssen, jede Verabsolutierung der eigenen Überlegung und Überzeugung zu vermeiden und sie in ernsthafter Würdigung der Bedenken der politisch Andersdenkenden in unseren Gemeinden und in unserem Amtsbrüderkreis öffentlich zu äussern und geltend zu machen? Muss man nicht auch jeder politischen Äusserung eines Pfarrers abspüren, dass sie aus einer anderen Dimension heraus in den Streit der politischen Meinungen und Parteien hineinspricht und darum nie einfach der einen politischen Partei gegen die andere recht gibt, nie einfach von der einen Seite gegen die andere verwendet werden kann?

Hierher gehört auch noch die andere Frage: Darf ein kirchlich-theologischer Arbeitskreis vor der Klerikalisierung des politischen Lebens warnen, ohne auch nur anzudeuten, dass die evangelische Gemeinde ebenso zum Kampf gegen die wahrlich nicht weniger verhängnisvolle Säkularisierung unseres politischen Denkens und Handelns aufgerufen ist? Setzen wir uns mit solchem Einfrontenkampf nicht dem Verdacht aus, nur in der anderen "Front" zu stehen und so das Wächteramt der Kirche gerade nicht als Diener Christi und Haushalter über Gottes Geheimnisse auszuüben? . . .

Es geht mir um nichts anderes als darum, dass wir bleiben, was wir durch Gottes Gnade sind, Diener Christi und Haushalter über Gottes Geheimnisse, dass wir die Einigkeit des Geistes bewahren durch das Band des Friedens, den uns Jesus Christus an seinem Kreuz erworben hat, und dass wir als Kirche aus diesem Frieden heraus unserem zerrissenen Volk und der ruhelosen Völkerwelt zu Gerechtigkeit und Freiheit und Frieden helfen, was an uns liegt, ohne alle Illusionen über den Lauf dieser Welt, aber in der Gewissheit des Osterglaubens, dass unsere Arbeit nicht vergeblich ist - in dem Herrn . . . "

+ + +

Zu dem eingangs erwähnten Flugblatt der Kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg hat ferner der Evangelische Landesarbeitskreis der CDU in Württemberg folgende Antwort veröffentlicht:

1. Wir wissen uns mit den Verfassern des Flugblattes darin einig, dass allein Jesus Christus unser Herr, unser Mittler und Erlöser, die im Glauben an Jesus

Christus geschenkte Gnade unser Trost und die Heilige Schrift Masstab und Richter unserer Gedanken, Worte und Taten sind. Diese für uns wie für alle evangelischen Christen unantastbaren Wahrheiten werden damit, dass wir in der CDU in Fragen der Politik mit katholischen Christen zusammenarbeiten, in keiner Weise beeinträchtigt.

2. Wir wissen uns mit den Verfassern des Flugblattes auch darin einig, dass wir Christen uns heute weniger denn je aus Bequemlichkeit oder Angst aus der Welt zurückziehen und das öffentliche Leben seinen "eigenen Gesetzen" überlassen dürfen. Darum nehmen wir durch die Mitarbeit in der CDU politische Verantwortung auf uns und mühen uns um die praktische Lösung der konkreten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Nöte der Gegenwart - auch wenn wir wissen, dass wir dabei irren können.

3. Die CDU nennt sich nicht deshalb "Christlich"-Demokratische Union, weil sie einen Alleinanspruch auf Verwirklichung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben erheben wollte, sondern weil sie in ihrer Gesamtheit, nicht nur in einzelnen Persönlichkeiten, der Überzeugung ist, dass auch unser politisches Handeln in der Verantwortung vor Gott zu geschehen hat. Die CDU würde nichts mehr begrüßen, als wenn auch die anderen Parteien in der Auseinandersetzung mit dem dialektischen und praktischen Materialismus der Gegenwart sich geschlössen, nicht nur in einzelnen ihrer Mitglieder, für die Erhaltung christlichen Geistes im öffentlichen Leben, insbesondere in Kultur- und Schulpolitik, einsetzen würden.

4. Es ist unwahr, wenn immer wieder der Vorwurf erhoben wird, die evangelischen Mitglieder der CDU trügen dazu bei, dass der evangelische Teil unseres Volkes ins Schlepptau katholischer Politik gerate. Vielmehr hat die Praxis der Auseinandersetzung mit dem totalitären Staat ebenso wie das Bemühen um den Neubau einer demokratischen Ordnung gezeigt, dass Christen - ob sie nun evangelischen oder katholischen Bekenntnisses sind - in fast jeder politischen Entscheidung gemeinsam handeln können. Selbst wenn es im Einzelfall um Unterschiede in der Auffassung ging, wurde jedesmal deutlich, dass diese Unterschiede im Vergleich zu den Differenzen gegenüber anderen Parteien und politischen Richtungen gering und überwindbar sind. Deshalb arbeiten wir in einer Partei aus gemeinsamer christlicher Verantwortung mit unseren katholischen Brüdern und Schwestern zusammen. Wir sind uns dabei bewusst, dass es auf evangelischer Seite bisher noch keine geschlossene politische Haltung in Zielsetzung und Organisation gibt.

5. Wer als evangelischer Christ beklagt, dass der Katholizismus in der Öffentlichkeit zunehmend in Erscheinung tritt, sollte daran arbeiten, dass die politische Gleichgültigkeit und der Individualismus der evangelischen Bevölkerung überwunden werden, so dass auch der Protestantismus in der Öffentlichkeit mehr hervortritt. Wir evangelischen Mitglieder der CDU würden uns über eine solche Entwicklung nur freuen, weil wir - ohne konfessionelle Arithmetik - unsere Aufgabe auch darin sehen, innerhalb der CDU die evangelischen Anliegen zu vertreten. Wir verstehen aber nicht, wenn die Verfasser des Flugblattes - obwohl sie selbst mit früheren Zentrumsabgeordneten zusammenarbeiten - sich nur gegen die wenden, die in der CDU politische Aufgaben übernehmen, nicht aber gegen jene, die Unglauben und Materialismus vertreten und fördern.

6. Wir glauben, dass man weder dem evangelischen Volksteil, noch seinen Kirchen, noch dem ganzen Volke dient, wenn man unnötige Spannungen schafft, indem man einen "antikatholischen Komplex" erzeugt. Wir lehnen es deshalb ab, unsere Entscheidungen aus einer "negativen" Einstellung heraus zu treffen. Wir wissen um die Verschiedenheit der Konfessionen; wir wissen auch um die Problematik des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Konfessionen in einem Staat. Gerade darum bemühen wir uns mit Hermann Ehlers aus "evangelischer Verantwortung" um die sachliche Klärung der Unterschiede, aber auch - und vielmehr noch - um die Besinnung auf die gemeinsamen Aufgaben in Volk und Staat. Wir können es uns in unserem so zerrissenen Volk nicht leisten, dass die beiden Konfessionen, die den grössten Teil unseres Volkes umfassen, in der Staatsführung gegeneinander arbeiten. Trotz aller Unterschiede wollen wir deshalb auch fernerhin im politischen Leben bereit sein, dort, wo die irdischen Entscheidungen für die Zukunft fallen, **g e m e i n s a m** unserem Herrn Jesus Christus und unseren Brüdern und Schwestern zu dienen.

---

#### DIE SCHEINALTERNATIVE DES STATUS QUO

---

Die deutsche Aussenpolitik ist in eine schwierige Phase eingetreten. Mollets Interview erregte nur deshalb Aufsehen, weil hier ausgesprochen wurde, was mancherorts seit längerem unter der Decke schwelte. Man muss sich in Deutschland Rechenschaft darüber ablegen, dass im Westen ein gewisser Stimmungswandel im Gange ist. Er läuft auf das hinaus, worauf in diesen Blättern seit Monaten warnend hingewiesen worden ist: Für den westlichen Betrachter musste sich nach Lage der Dinge das Problem der Auseinandersetzung mit dem Osten eines Tages zu der Frage zuspitzen, ob auf den Abbau des Kalten Krieges verzichtet werden soll, bloss weil nicht gleichzeitig die deutsche Wiedervereinigung zu erlangen ist.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat im vorigen Jahr erreicht, dass die Regierungen der Westmächte sich zu dem Junktim Entspannung-Wiedervereinigung bekannten. Sie haben auch auf den beiden Genfer Konferenzen mit allem Nachdruck dazu gestanden. Die Sowjetregierung hat von ihnen mit letztmöglicher Deutlichkeit gehört, dass auch eine weltweite Entspannung ohne sichtbare Fortschritte in der Wiedervereinigung nicht möglich sei. Aber für den Westen ist die Wiedervereinigung - worauf hier gleichfalls immer wieder aufmerksam gemacht worden ist - nicht das Kardinalproblem der Weltpolitik. England und Frankreich haben z. Z. - neben ihren wirtschaftlichen Nöten - im Nahen Osten und in Afrika so brennende Sorgen, dass die Frage der Wiedervereinigung für sie zu verblassen droht.

Man muss auch in Deutschland sehen, was sich in der Welt abspielt: Die Auflehnung der farbigen Völker gegen den weissen Mann ist in vollem Zuge, und es besteht wenig Aussicht, dass die Europäer die Oberhand behalten. Das Zeitalter des Kolonialismus geht zuende. Mehr noch: die wirtschaftliche Verselbständigung der anderen Erdteile wird mit Macht vorangetrieben. Die Sowjetunion hat dabei ihre Hände genauso im Spiel wie überall, wo der Nationalismus und die sozialen Sehnsüchte der Massen aufbrechen. Es gibt keinen Zweifel, dass der Westen gegenüber den massierten Angriffen aus dem Osten seine Kräfte noch nicht wieder

in dem Masse gesammelt hat wie vor Jahren, als die Politik der Eindämmung und des Zurückrollens (man denke an den Marshall-Plan) die Sowjets in die Defensive zurückwarf.

Sicher besteht nicht die mindeste Gefahr, dass der Westen auch nur einen der Grundsätze seiner Weltordnung aufgibt. Aber das Bedürfnis, wenigstens den Kalten Krieg aus der Welt zu schaffen, nimmt zu. Die gegenwärtigen Machthaber im Kreml versuchen, die Situation auszunutzen, indem sie sich freundlich und friedfertig gebärden. Es gelingt ihnen zwar nicht, den Westen damit zu überzeugen. Im Gegenteil: die abrupte und brutale Verdammung Stalins, den sie gestern noch vergottet haben, hat in der freien Welt das Misstrauen nur verstärkt, dass die Sowjets jederzeit zu jeder möglichen Wendung ihrer Politik fähig seien. Dieser Argwohn hindert jedoch viele nicht an der Überlegung, ob man nicht wenigstens einen Waffenstillstand im Kalten Krieg erzielen könne.

Mollet hat dieser Stimmung Ausdruck gegeben, als er sich dafür einsetzte, der Abrüstung gegenüber der Wiedervereinigung den Vorrang zu geben. Durch seine Äusserungen ist deutlich geworden, vor welcher schwerwiegenden Frage der Westen steht. Aber man sollte im Westen - ebenso wie in Deutschland - dabei auch folgendes sehen: Eine Verständigung zwischen Ost und West auf der Grundlage des territorialen status quo würde Konsequenzen nicht nur für die deutsche Wiedervereinigung, sondern für sämtliche Völker hinter dem Eisernen Vorhang haben. Der Wille dieser Völker, das sowjetische Joch abzuschütteln, ist unvermindert. Ihr Los wird auch nicht dadurch verbessert, dass man einige kommunistische Schauprozesse posthum korrigiert. Es ist an der Zeit, dass sich die in der freien Welt lebenden Sprecher aller dieser Völker zusammenfinden, um feierlich zu demonstrieren, dass das Schicksal ihrer Völker insgesamt ein unlöslicher Teil des Verhältnisses zwischen Ost und West ist.

Die Völker hinter dem Eisernen Vorhang haben einen Rechtsanspruch auf ihre Freiheit, so wie die Deutschen einen Rechtsanspruch auf Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit haben, denn nirgends im Potsdamer Abkommen steht, dass Deutschland in zwei Hälften geteilt werden solle. Dieser Vertrag basiert vielmehr ausdrücklich auf der deutschen Einheit. Ein solcher Rechtsanspruch kann nicht preisgegeben und nicht übergangen werden. Die Sowjets sind allerdings dabei, die Rechtsgrundlagen zu verwischen. Um so nachdrücklicher und unerbittlicher sollte der Westen sie darauf festlegen. Denn was würde der Westen noch in der Hand haben, um das Schicksal der Völker jenseits des Eisernen Vorhangs zu wenden, wenn er sich erst einmal mit dem Osten verständigt hätte, ohne dass auch ihr Recht verwirklicht wäre?

v. L.

---

## AUS DEN ARBEITSKREISEN

### Die Jugend und der Staat

Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein

Am 7. März fand in Kiel die diesjährige Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein statt, zu der rund dreihundert Teil-

nehmer aus dem ganzen Lande erschienen waren. Nach der Eröffnung durch Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel gab Professor D. Dr. Martin Redeker, MdL, einen Bericht über die bisherige Arbeit. Er konnte feststellen, dass die Tätigkeit des Arbeitskreises seit seiner Gründung im Jahre 1953 ein gutes Echo gefunden und wesentlich dazu beigetragen habe, dass sich die Beziehungen zwischen CDU und Kirche sehr fruchtbar gestalteten.

In drei Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Tagungsteilnehmer mit den Fragen des staatsbürgerlichen Unterrichts, mit dem Verhältnis der Jugend zu den politischen Parteien und mit den Fragen des Religionsunterrichts in der Schule. In der ersten Arbeitsgruppe wurde betont, dass es für die staatsbürgerliche Erziehung von grundlegender Bedeutung sei, dass der Staat nicht vom Menschen aus gedacht, sondern als Werkzeug der Weltregierung Gottes begriffen werde; dann sei Demokratie nicht bloss eine Verfassungsform, sondern heisse Mitverantwortung, Verstehenwollen und Toleranz. In der zweiten Arbeitsgruppe wurde man sich in einer lebhaften Debatte darüber klar, dass es zur Bildung des Menschen gehöre, sich einen eigenen politischen Standort zu erarbeiten und in einer bestimmten politischen Gemeinschaft ein politisches Zuhause zu haben. Dazu müsse auch die Schule den jungen Menschen Hilfe leisten. Die dritte Arbeitsgruppe kam zu dem Ergebnis, dass der Religionsunterricht in der Schule kein "Randsiedler" sein dürfe und dass der Staat zwar nicht die Pflicht habe, christliche Verkündigung zu treiben, wohl aber der jungen Generation die Grundlagen des christlichen Glaubens nahebringen müsse.

In einer weiteren Veranstaltung der Tagung stellte sich der neue Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein, Edo Osterloh, dem Arbeitskreis mit einer sehr persönlich gehaltenen Ansprache vor, die die Grundlagen deutlich machte, von denen aus er seine Aufgaben als Kultusminister anfassen will, und die von der Versammlung mit grossem Beifall beantwortet wurde.

M. R.

+ + +

#### MITTEILUNG des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Vorstand und Bundesarbeitskreis haben auf ihren Sitzungen am 10. April in Bonn beschlossen, die 5. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die in Berlin stattfinden soll, wegen Termenschwierigkeiten und aus organisatorischen Gründen nicht - wie zunächst vorgesehen - im Juni, sondern erst im Herbst dieses Jahres durchzuführen. Themen, Programm und sonstige Einzelheiten der Tagung werden nach Festlegung des endgültigen Termins rechtzeitig in der "Evangelischen Verantwortung" veröffentlicht.

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

Um Übersendung eines Belegexemplares wird gegebenenfalls höflich gebeten

# ROBERT TILLMANN'S

## *Eine Lebensleistung*

Herausgegeben von Hermann Brügelmann und Klaus Simon  
Schriftenreihe der Hermann Ehlers-Gesellschaft  
164 Seiten, in Ganzleinen gebunden DM 7.80

Erst nach seinem Tode wurde vielen Menschen offenbar, was das Wirken von Bundesminister Dr. Robert Tillmanns für das öffentliche Leben unseres Volkes bedeutet hat.

Stets hinter seiner Aufgabe zurückzutreten lag in der Wesensart von Robert Tillmanns. Ihm ging es um die Sache, nicht um die Person — am wenigsten um die eigene.

Der Lebensweg dieses aufrechten Deutschen als Beispiel für die mitlebende und für die heranwachsende Generation aufzuzeigen, erachten einige Freunde als Verpflichtung.

Kurze Berichte von *Peter van Aubel · Hermann Brügelmann · Martin Draht · Margarete von Eynern · Otto Heinrich von der Gablentz · Johann B. Gradl · Bruno Heck · Wilhelm Hoffmann · Hermann Schlingensiepen Walter Strauß* und eine geistliche Würdigung von Prälat *D. Hermann Kunst* beleuchten unter den Stichworten

JUGENDJAHRE UND KRIEGSZEIT  
STAATSBÜRGER IM AUFBAU UND WIDERSTAND  
IM GEIST DER ÖKUMENE  
POLITIKER IM BLICKFELD  
BEWÄHRUNG DES CHRISTENSTANDES

Die Lebensleistung des christlichen Demokraten Robert Tillmanns, die in Selbstzeugnissen aus den letzten Lebensjahren, Vorträgen und Aufsätzen über

DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG UND DER PROTESTANTISMUS  
PERSONENHAFTE SOZIALPOLITIK

ZUM PROBLEM DES POLITISCHEN ILLUSIONISMUS  
POLITISCHE VERANTWORTUNG DES EINZELNEN  
STANDORT UND AUFGABE DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION

erkennen läßt, was Deutschland und die Deutschen an diesem treuen Diener seines Volkes verloren haben, der am 5. April 1956 das 60. Lebensjahr vollendet hätte.

EVANGELISCHES VERLAGSWERK STUTTGART



**EISENWERK KRITZLER**

**WEIDENAU/SIEG**

**NAHTLOSE ROHRE**

Kesselrohre, Siederohre, Gewinderohre

**Rippenrohre, Rohrschlangen, Rohrbogen**

**Preß-, Zieh- und Stanzteile**

**HERMANN EHLERS**

**Um dem Vaterland zu dienen**

**Reden und Aufsätze**

176 S. mit 8 Bildtafeln, brosch. 4,20 DM

**Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln**



**SIEGENER AKT.-GES.**

**GEISWEID i. W.**

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und leichte Kesselschmiedearbeiten